



meist war, hatte es nicht nur wirtschaftlich, sondern auch steuerrechtlich Anspruch auf Respektierung. Das soll jetzt anders werden. Es des Entwurfs stellt den Grundgedanke auf: „Die Steuerlast kann nicht durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungsmaßnahmen des bürgerlichen Rechts umgangen oder gemindert werden.“ Ein solcher Mißbrauch liegt vor, wenn

1. in Fällen, wo das Gesetz wirtschaftliche Vorgänge, Tatfachen und Verhältnisse in der ihnen entsprechenden rechtlichen Gestaltung einer Steuer unterwirft, zur Umgehung der Steuer nicht entsprechende, ungewöhnliche Rechtsformen gewählt oder Rechtsgestaltungen vorgenommen werden, und

2. nach Lage der Verhältnisse und nach der Art, wie Verfahren wird oder Verfahren werden soll, wirtschaftlich für die Beteiligten im wesentlichen verheerliche Erfolge erzielt wird, der erzielt wäre, wenn eine den wirtschaftlichen Vorgängen, Tatfachen und Verhältnissen entsprechende rechtliche Gestaltung gewählt wäre, und ferner

3. etwaige Rechtsnachteile, die der gewählte Weg mit sich bringt, tatsächlich keine oder geringe Bedeutung haben.

Im Gegensatz zum bestehenden Recht ist also der Staatsbürger vom Standpunkt des Steuerrechts aus verpflichtet, für seine Rechtsgestaltung diejenige Form zu wählen, die dem Staat als Steuerzahler als die an sich angemessenste vorzuziehen. Sonst macht er sich einer Steuerumgehung schuldig, die allerdings als solche strafflos bleibt, aber ihn in die peinliche Lage versetzt, ein Geschäft vertreiben zu müssen, das er vor nicht abgeschlossen hat, und noch dazu den für empfindliche Naturen fast nicht geduldsfähigen Mangel einer Steuerumgehung auf sich zu nehmen. So begründet und gerechtfertigt der Wunsch ist, dafür zu sorgen, daß Steuerpflichtigen nicht durch die Wahl abstrakt liegendes Wege für die Gestaltung der Rechtsverhältnisse wirkungslos gemacht werden, so ist es doch recht fraglich, ob der Vorstoß gegen Entwurfes in seiner Unbegrenztheit und Unbestimmtheit das Richtige trifft. Ein Ausgleich wird sich vielleicht in anderer Weise finden lassen.

### Besserung der deutschen Kreditverhältnisse in Amerika.

S. Haag, 10. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Aus New York wird gemeldet: „Darin Geyser“ berichtet, daß die Garantie Trust Company in Amerika beschloß, die Deutschen für ihre Einkäufe in Amerika nicht nur einen Kredit von sechs Monaten bis zu zwei Jahren zu gewähren, sondern auch die Besorgung dafür nicht mehr in Dollar, sondern in Mark stattfinden zu lassen, da eine Steigerung der deutschen Werte innerhalb dieser Zeit als wahrscheinlich angesehen ist.

### Herabsetzung der englischen Flotte auf Reservekräfte

WTB. London, 10. Sept. Die Admiralität hat Beschluß erlassen, die Schlachtschiffe der Heimatflotte und die vier und fünfsechzig Reservekräfte vom 1. Oktober an auf Reservekräfte herabzusetzen. Die zwanzigste Torpedoflotte wird nach Beendigung ihres Dienstes in der Folge ebenfalls auf Reservekräfte herabgesetzt werden. Die neugebaute Reserveflotte und das zweite Geschwader leichter Kreuzer werden mit voller Besatzung der atlantischen Flotte zugeteilt. Die U-Bootflotte wird auf drei herabgesetzt werden.

### Vorfußzahlung an die preussischen Beamten.

WTB. Berlin, 10. Sept. Die preussische Staatsregierung hat sich, wie wir von ausländischer Seite erfahren, verpflichtet gesehen, den zahlreichen, in letzter Zeit an die gerichtsärztlichen Einrichtungen und Anträgen auf Gewährung einer Vorfußzahlung, auf das nicht fällig werdende Gehalt der Beamten hinzuwirken. Dementsprechend sind die einzelnen Behörden von den übergeordneten Ministerien ermächtigt worden, auf Antrag den planmäßigen Beamten auf die am 1. Oktober d. J. fälligen Dienstbezüge einen Vorfuß in Höhe eines Monatsbetrages, mindestens aber 500 Mark, und den außerplanmäßigen Beamten und Lohnangehörigen höherer Ordnung die am 1. Oktober oder 30. September dieses Jahres fälligen Dienstbezüge schon jetzt zu zahlen.

### Kohlennot im Ruhrkohlengebiet.

Essen, 10. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die Folgen der Kohlennot zeigen sich jetzt auch im Ruhrkohlengebiet. Selbst die Stadt Wülfrathen sieht sich bereits zu einer langen Einschränkung der Gaslieferung veranlaßt, damit bei der ungenügenden Kohlenlieferung wenigstens Gas zu Verbrauchszwecken in Verfügung gestellt werden kann. Auch die Straßenbeleuchtung wird in Wülfrathen erheblich eingeschränkt. Der Regierungspräsident hat die Forderung um ein Drittel herabgesetzt, weil die Margarinefabriken infolge mangelhafter Kohlenlieferung zum Teil stillliegen.

### Keine Erwerbslosen-Unterstützung für entlassene Streikende.

WTB. Berlin, 10. Sept. Der „Lok.-Anz.“ meldet: Der reichliche Minister des Innern hat folgende Verfügung getroffen:

„Der Ausschuss für Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin hat beschloßen, denjenigen Streikteilnehmern, die während des Streiks der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht nachgekommen sind und deshalb entlassen wurden, Erwerbslosen-Unterstützung zu verweigern. Dieser Beschluß steht im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen. Im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister erlaube ich Sie deshalb ihn außer Kraft zu setzen, und bemerke, daß ich eine Uebernahme etwaiger aus dem Beschluß entstandener Kosten auf Reichsfonds aus den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufend nicht befürworten, auch nicht in der Lage sein würde, Deckung aus Staatsmitteln bereit zu stellen.“

### „Die roten Lakaien der Entente“.

Unter dieser Ueberschrift redet in der Glorie der Mehrheitssozialist Paul Benich mit den „Unabhängigen“ u. a. wie folgt freuetur:

„Den englischen Sozialisten ist es wohl noch nie gelungen, gegen die Eroberung der Welt durch England zu protestieren, zum größten Teil bestimmern sie sich nicht um

auswärtige Probleme. Die deutschen Unabhängigen aber sind die etwas anders gestimmt, aber die a. a. Lakaien der Entente bougevolle, vor ihr sie wie dreifache Pudel, „sich“ machen und nur dann ihre melodiösen Stimme erheben, wenn die Herin kommandiert: wie spricht der Hund? In der Tat haben diese Pudel nie gesagt, gegen den Unionswahlsystem der Ententebougevolle auch nur zu murren. Sie haben ihn bejubelt, ihn verteidigt, gerechtfertigt, wie sie ja auch den Militarismus sofort bejubelnd fanden, sobald er bei der Entente eintrat. Und diese Lakaien, schließlich Benich, schwärzen von „Westrevolution“, zu der sie die Massen aufzufordern!“

Im Zusammenhang damit sei festgestellt, daß auch die Besand, das Zentralorgan der russischen Volkswirtschaft, mit denen die deutschen Unabhängigen in ganz letzterem, ihnen das Zeugnis ausstellt, daß sie sich als eben Lakaien begnadigen, die Stiefeln der französischen Generale zu leihen, obwohl diese Stiefeln mit Arbeiterblut besudelt sind.“

### Unabhängiger Wirrwarr.

In der „Leipziger Volkszeitung“ breiten sich Rüdiger Geyer und Hermann Wilmann, als die Partei der Unabhängigen zur Diktatur der Arbeiter herbeizuführen wollen, nicht. Geyer sagt ja, Wilmann nein. Wilmann weist darauf hin, daß die russischer Sowjets nach dem Verhältniswahlsystem gewählt werden. Er sagt:

„Die Kommunisten Russlands sind besonders stolz darauf, daß die geheime Wahl jedem Wähler erlaubt, nach seiner Uebersetzung zu wählen. Die unabhängige Sozialdemokratie hat auf dem zweiten Rätekongress ausdrücklich die Verhältniswahl zum Zentralrat verlangt, auch darin liegt das Bekenntnis, daß bisher die unabhängige Sozialdemokratie das Ergebnis der Wahl anerkennt, daß sie also die Einführung der Mehrheit der Arbeiterklasse und nicht die Diktatur einer Minderheit will.“

Von besonderer Bedeutung ist, daß die Forderung der Diktatur der Arbeiter viel weiter geht als die kommunistische Programmformulierung. Die Kommunisten erklären in ihrer Broschüre: „Was will der Spartakusbund?“ folgendermaßen:

„Der Spartakusbund wird nicht anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unabweislichen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Klasse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aufgaben, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“

Der Spartakusbund will sich also nur auf die große Mehrheit der Proletarierklassen stützen, nicht auf die gesamte Arbeiterklasse, die Revolution gemacht hat. Nach der Forderung, daß nur die Vertreter der Diktatur der Arbeiterheit von den Arbeitern als Arbeiterräte gewählt werden dürfen, wären also nicht einmal programmatische Kommunisten wählbar. Die Vertreter der Forderung der Diktatur der Arbeiterheit sind also kommunistischer als die Russen.“

### General Ludendorff enthüllt.

WTB. Berlin 10. Sept. Wie die „Berl. Börsenzeitung“ mitteilt, läßt General Ludendorff seinen bei Wittler und Sohn eine Erweiterung auf die Darstellung erscheinen, die das kürzlich veröffentlichte Weisbuch der Regierung im Zusammenhang mit dem Krieg in einer dieser Tage in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichten Denkschrift über die Vorgehensweise des deutschen Heeresführungsbefehls gegeben haben. General Ludendorff gibt unter anderem eine bisher nicht veröffentlichte Vereinbarung zwischen Reichsleitung und D. S. L. von Anfang 1918 bekannt, in der es heißt:

Die Verantwortlichkeit für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Sie bezieht sich auf die zu erzielenden Ziele, die in Anwendung gebrachte Taktik und die Ergebnisse. Die obersten militärischen Stellen haben das Recht und die Pflicht, an den Verhandlungen in beratender Weise mitzuwirken, soweit die Interessen der militärischen Interessen berühren. Der Minister dieser Interessen ist während des Krieges nicht auf die militärischen Angelegenheiten im engeren Sinne beschränkt, sondern umfaßt auch Fragen der Industrie, des Verkehrs, des Lebens, der Arbeiterinteressen, soweit diese mit der Kriegführung im Zusammenhang stehen, und die moralische Wirkung der getroffenen Maßnahmen auf das Heer. Meinungsverschiedenheiten zwischen den militärischen Stellen und dem Reichskanzler sind auf dem Wege gegenseitiger Aussprache zu beseitigen. Gestellt dies nicht, so ist die Entscheidung des Reiches einzuholen. Die erste Entscheidung über die höchsten militärischen Stellen in allen Fällen jeder eigenen Verantwortung. Der Reichskanzler hat in dem Falle, daß die militärische Entscheidung gegen ihn ausfällt, die ihm nach rechts abliegende Konsequenz zu ziehen, indem er seine Entlassung nimmt.

Am Schluß der neuen Ludendorffschen Schrift werden die seit 14. August betriebenen Schritte zur Herbeiführung einer neutralen Vermittlung geschildert und bemerkt, daß dem 10. September habe die Oberste Heeresleitung darauf gewartet, daß irgend etwas geschähe. Was sei kein Generalstabschef und ihm bei dem sechsten Niedergang der Heimat, der dadurch erzeugten Spannung an der Westfront und dem Ende September erfolgten militärischen Zusammenbruch Bulgariens zu tun übrig geblieben?

### Die Lage der deutschen Baumwollindustrie.

WTB. Berlin, 10. September. Die „Voll. Sta.“ meldet aus Rotterdam: „New York Times“ veröffentlicht das folgende Telegramm ihres Sanger Korrespondenten: Ein mangelnder deutscher Finanzmarkt erklärte mir, die miserable Lage der deutschen Baumwollindustrie zwinge Deutschland, sich nach Mitteln und Wegen zur Finanzierung des Imports von Rohbaumwolle umzusehen. Der Reichsminister für Textilien, Herr Weibel, sei nach Untersuchungen mit den bedeutendsten deutschen Banken zu der Ueberzeugung gekommen, daß die deutschen Banken den Baumwollimport nicht in Dollargleichung garantieren können, weil sie mit ähnlichen Garantien überlastet seien. Der Ueberaufbau der deutschen Baumwollindustrie sei jedoch bei Marktschlafung zugrunde rücken würden. Es sei der Plan entworfen worden, eine besondere Baumwollbank in Bremen zu gründen, die mit dem legitimen Baumwollhandel hand in Hand arbeiten sollte. Das Kapital der Bank löse 800 Mill. Mark betragen und aus Schuldverschreibungen der Städte

Bremen, Köln, Hamburg und Danzig bestehen. Diese Städte verantwortlichen höhere Werte, als Schuldverschreibungen des deutschen Reiches, da die Kredite so gut wie unter der Kontrolle der Entente stehen. Die Bank würde alle Baumwolllieferungen in Empfang nehmen und sie an die Spinnerinnen weiter leihen. Die Bank erhalte dann ihre Zahlung in Mark und investiere dieses Geld wieder unter amerikanischer Kontrolle in den Schuldverschreibungen der genannten Städte. Solch ein Schutz der Baumwollbank den Wert des ganzen amerikanischen Baumwollmarktes einerseits und begehrt andererseits alle Marktzahlungen für abgelieferte Baumwolle aus dem 800 Millionen-Kapital in den erwähnten Stadtblattationen.

### Ausland.

#### Die Unterzeichnung weiterer Verträge.

WTB. Bern, 9. Sept. Staatsratgeber Renner ist heute vormittag nach Saint-Germain zurückgekehrt. Die „Tamps“ meldet, soll nach nicht feststehen, ob die Rumänen und Estländer den österreichischen Vertrag morgen unterzeichnen. Die Tischgesprächen würden dagegen unterliegen.

Nach einigen Karlsruher Blättern soll morgen in Saint-Germain auch das zugehörigen den Alliierten getroffene Abkommen betreffend die Kolonien unterzeichnet werden. Es handelt sich hier um ein Nebereinkommen über den Verkehr mit Spirituosen und den Handel mit Waffen, sowie um die Abänderung der Berliner und Brüsseler Akte.

#### Streik französischer Gemeindebeigeordnete.

WTB. Bern, 9. Sept. Der Streik der Gemeindebeigeordneten im Gendepartement umfaßt 76 Gemeinden. Der sozialistische Abgeordnete Delante hat in der Kammer eine Interpellation über den Streik eingereicht. „Tamps“ zufolge werden in den meisten Gemeinden die notwendigen Dienste durch freiwillige Helfer aufrechterhalten.

### Aus der demokratischen Bewegung.

#### Die Zukunft der „Sille“.

Die Schriftleitung der „Sille“, Wilhelm Heise und Gertrud Bäumer, veröffentlicht folgende Erklärung: „Geht auf einen Kreis von Freunden, die in guten und bösen Tagen mit Raumann gemeinnamige Wege gegangen sind, wird die „Sille“ fortbestehen und in seinem Geiste fortgeführt werden. Wie Raumann selbst es gewünscht hat, wird die bisherige Schriftleitung dieses Amtes weiter wirken; sie wird sich aber, um das Band, das sie mit der „Sille“-Gemeinde verbindet, wenn möglich noch fester zu knüpfen, mit einigen führenden Persönlichkeiten aus dem alten Freundeskreis zu gemeinschaftlicher Herausgeberschaft vereinigen.“

#### Hofbad bei Raumburg, 10. Sept.

Hier fand am Dienstag eine von Herrn Raumburg-Raumburg einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Raumburg-Raumburg die Parthie man „Weissenfels über das Thema: „Was haben wir vom neuen Deutschland zu erwarten“ sprach. Der Redner erzielte mit seinen Ausführungen starken Beifall bei der gut besetzten Versammlung. In der Zwischenzeit nahm Herr Rechtsanwalt Eumberg-Raumburg, welcher zufällig im nahen Rena zur Kur weilte, das Wort. In einer großzügigen Weise sprach er über wahre Demokratie und die Notwendigkeit des Zusammenstufes beider der Kampfes, wenn von links und rechts und hielt eine reizende Abrechnung. Der Erfolg der Versammlung war die Gründung einer Ortsgruppe. In diesen Tagen finden im Landkreise Raumburg eine Reihe weiterer Versammlungen statt und hat Herr Raumburg während der Dauer seiner Kur im Interesse der Demokratie seine Person zur Mitarbeit bereitwillig zur Verfügung gestellt.

### Halle und Umgebung.

Halle, den 11. September 1918.

#### Erhöhung der Eisenbahntarife.

Ein Entwurf über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen wird der Landesversammlung demnächst zugehen, während es sich für die Erhöhung der Personen- und Gepäcktarife einer ähnlichen Regelung nicht bedarf. Ueber die beabsichtigten Maßnahmen erklärt das „L. T.“:

Die Gütertarife und die Personentarife können bis zu 50 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung erfolgt in der Form eines allgemeinen prozentualen Zuschlages, da es nicht möglich ist, in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit eine organische Ueberänderung der Klassen und der Tarifpunkte durchzuführen. Eine solche muß späterer Zeit vorbehalten bleiben, bis die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse festgestellt haben. Die Tarifveränderung wird trotz ihrer Höhe getragen werden müssen, zumal da die Lebensmittelpreise viel mehr gestiegen sind, als die Frachtpreise der Eisenbahnen; selbst beim Sinken der Preise wird die neue Tarifveränderung immer noch in burdous angemessenem Verhältnis zur Preislage der befürdeten Güter stehen. Im Güter- und Tierverkehr wird die Tarifveränderung zur Zuschläge von 50 Prozent auf alle Frachtpreise durchgeführt. So wird z. B. der Streckenfahr für das Tonnenkilometer bei Elguth bei 400 Kilometer Entfernung sich von 33.12 Pf. auf 49.68 Pf. erhöhen. In gleichem Maße steigen die Wertungsschneisen. Im Personenverkehr erfolgt ebenfalls eine Tarifveränderung von 50 Prozent, die sich auch auf 3. Klassen und Stadterreise in Berlin und Altona erstreckt. Die Erhöhung umfaßt hochpreisige, Schnellzugsaufschläge und Schnellzugsmittelklassepreise, Sonderkarten, Gepäck- und Erprechtarifen und die Preise für die Bekleidung von Sonderwagen. Mit später ist beabsichtigt, ein Zweifelsystem durchzuführen, welches Ausführena eine besondere Stufenkommission zurzeit vorbereitet. Die Einführung dieser Maßnahmen kann aber erst erfolgen, wenn die Reparaturverhältnisse weniger überlastet sind. Die organische Durchbesserung der Personentarife unter Abänderung der Einheitspreise ist ebenfalls geplant. Vom 1. Oktober ab wird der neue Preis durch Ueberhebung der Karten ersichtlich sein, ein Neubau kann erst allmählich erfolgen.

Die Kilometerpreise erhöhen sich in der 1. Klasse von 13 auf 27 Pf., in der 2. Klasse von 7.08 Pf. auf 11.07 Pf., in der 3. Klasse von 4.81 Pf. auf 7.21 Pf., in der 4. Klasse von 3 Pf. auf 4.5 Pf. Militärfahrkarten werden nicht er-

Die Erhöhung der Eisenbahntarife wird durch den Krieg bedingt. Die Eisenbahnen sind in der Lage, die Erhöhung zu tragen, da die Lebensmittelpreise viel mehr gestiegen sind, als die Frachtpreise der Eisenbahnen. Selbst beim Sinken der Preise wird die neue Tarifveränderung immer noch in burdous angemessenem Verhältnis zur Preislage der befürdeten Güter stehen.



